



**SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG**  
15. Wahlperiode

Drucksache **15/988 (neu)**  
01-05-23

## **Große Anfrage**

der Fraktion der CDU

**Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels**

Eine zunehmende Zahl von Frauen und Mädchen aus Mittel- und Osteuropa werden Opfer von Mädchen- und Frauen- bzw. Menschenhandel. Gehandelt werden die Frauen und Mädchen in die Prostitution, aber auch in Ehen und illegale Beschäftigungsverhältnisse.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Frauen und Mädchen wurden in den Jahren 1998 bis 2001 bundesweit Opfer von Frauenhandel (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?
2. Aus welchen Hauptherkunftsländern stammen die von Menschenhandel betroffenen Frauen und Mädchen (bitte nach Jahren und Herkunftsländern aufschlüsseln)?
3. Existiert eine konkrete Bilanz der polizeilichen Zusammenarbeit
  - a) innerhalb Deutschlands?
  - b) Deutschlands und der Herkunftsländer?
  - c) Deutschlands und anderer Länder, in die Mädchen und Frauen gehandelt werden?Falls ja, erbitten wir eine Übersicht!
4. Um den von Frauen- und Mädchenhandel Betroffenen die größtmögliche Unterstützung zu gewähren und den Frauen- und Mädchenhandel wirksam zu bekämpfen, ist eine Kooperation der mit dem Phänomen Frauen- und Mädchenhandel befassten Stellen unbedingt erforderlich. Mit welchen Maßnahmen soll die Kooperation der relevanten Stellen gefördert und abgesichert werden?
5. In welche Formen von Zwangsverhältnissen wurden die betroffenen Frauen und Mädchen gehandelt (bitte sowohl in Prozentzahlen als in absoluten Zahlen nach Zwangsprostitution, Ehe und illegalen Beschäftigungsverhältnissen differenzieren)?
6. Nach der juristischen Definition zu den §§ 180 b, 181 StGB wird unter Frauenhandel nur der Handel in die Prostitution verstanden.

Ist der Landesregierung bekannt, ob auf Bundesebene die Bereitschaft, die juristische Definition von Menschenhandel neben der Zwangsprostitution und der sexuellen Ausbeutung auf den Handel in die Zwangsarbeit, die Zwangsheirat, etc. auszuweiten?
7. Ist der Landesregierung bekannt, ob die Bundesregierung beabsichtigt, im Bundeshaushalt für das Jahr 2002 und die Folgejahre Mittel für die Unterstützung von Organisationen einzuplanen, die sich um die von Frauen- Mädchenhandel betroffenen Frauen und Mädchen kümmern, und wenn ja,
  - in welcher Höhe,
  - für welche Organisationen?
8. Wie hoch wird die Dunkelziffer von Frauen- und Mädchenhandel betroffenen Frauen und Mädchen geschätzt?
  - a) Bundesweit?

b) In Schleswig-Holstein?

9. Ist bekannt, wie viele andere Vergehen und Verbrechen bei der Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels aufgedeckt werden ?
- Bundesweit?
  - In Schleswig-Holstein?
10. Beabsichtigt die Landesregierung, im Landeshaushalt für das Jahr 2002 und die Folgejahre Mittel für die Unterstützung von Organisationen einzuplanen, die sich um die vom Frauen- und Mädchenhandel betroffenen Frauen und Mädchen kümmern, und wenn ja,
- in welcher Höhe,
  - für welche Organisationen?
11. Wie beurteilt die Landesregierung das Modellprojekt gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein „contra“?
12. Beabsichtigt die Landesregierung das auf drei Jahre ausgerichtete Modellprojekt auch nach Ablauf der Modellphase im Dezember 2001 weiter zu fördern?  
Wenn nein, wie soll den betroffenen Frauen eine adäquate Krisenintervention, Beratung und Begleitung angeboten werden und durch wen?
13. Von Menschenhandel betroffene Frauen und Mädchen werden häufig bei polizeilichen Razzien ermittelt.
- Werden die Polizistinnen und Polizisten in Schleswig-Holstein im Rahmen ihrer Berufsausbildung auf den Problembereich Menschenhandel vorbereitet?
  - Wenn ja, wie?
  - Wie ist der Stand der Planung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei, der Justizbehörden und der Ausländerbehörden in bezug auf das Problem Menschenhandel?  
Wenn derartige Maßnahmen stattfinden, in welcher Höhe werden sie finanziert?
  - In welchen Bundesländern werden die Polizistinnen und Polizisten dahingehend ausgebildet?
14. Wie oft ist in Schleswig-Holstein bereits der Erlass zur Bekämpfung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution angewandt worden?  
Wie wird sichergestellt, dass die Behörden den Erlass kennen und anwenden?
15. Welche Maßnahmen zur Sicherstellung von geeigneten Unterbringungsorten und deren Finanzierung sind geplant?
16. Beabsichtigt die Landesregierung, spezielle Maßnahmen zur Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels zu entwickeln?

Ursula Sassen  
und Fraktion